

Prominenter Juraprofessor verklagt seine Schule wegen Impfstoffpolitik



Ethan Yang

- 7. August 2021 Lesedauer: 5 Minuten



Die Einführung einer verfassungsrechtlich fragwürdigen Impfpolitik an einer öffentlichen Universität, die nicht nur einige der besten klassischen liberalen Rechtsprofessoren des Landes hat, sondern auch eng mit einem globalen Netzwerk von Freiheitsbefürwortern verbunden ist, ist ein Rezept für einen Rechtsstreit. Genau das musste die George Mason University vor kurzem erfahren, als sie ein schulweites Impfmandat für Studenten, Lehrkräfte und Mitarbeiter erließ. Wer sich nicht daran hält, muss mit einer Reihe von Strafen rechnen, die von sozialer Distanzierung bis hin zu möglichen Disziplinarmaßnahmen reichen.

Der Kläger ist Todd Zywicki, der Stiftungsprofessor für Recht an der George Mason University, dessen Lebenslauf so beeindruckend ist, wie man sich nur vorstellen kann. Er war in zahlreichen einflussreichen Denkfabriken tätig, bekleidete Führungspositionen in der Bundesregierung und hat an zahlreichen angesehenen juristischen Fakultäten gelehrt. Seiner Klage schließt sich die New Civil Liberties Alliance an, eine gemeinnützige Anwaltskanzlei, die sich für die Förderung der verfassungsmäßigen Freiheiten einsetzt und von dem bekannten Rechtsgelehrten Philip Hamburger gegründet wurde. Der AIER-Mitarbeiter Jenin Younes ist ebenfalls Mitglied des Prozessteams und einer der Anwälte in diesem Fall.

Zywicki nennt in seiner Klage [Zywicki gegen Washington](#) den Präsidenten der Schule und zahlreiche andere Beamte als Beklagte. Er behauptet, dass die GMU als öffentliche Einrichtung verpflichtet ist, die Verfassung zu befolgen, ihre Impfungs-Politik gegen die 9. und 14. Änderung sowie die Vorrangigkeitsklausel verstöße. Zywicki behauptet, dass seine natürliche Immunität, die er nach einer natürlichen Covid-19-Infektion erworben hat, ihm den gleichen, wenn nicht sogar einen besseren Schutz bietet als Impfstoffe. Unterstützt wird er von seinem Immunologen, der ihm mitteilte, dass eine Impfung "medizinisch unnötig" sei, sowie von einer gemeinsamen Erklärung von [Dr. Jay Bhattacharya](#) und [Dr. Martin Kulldorff](#), prominenten Medizinprofessoren in Stanford bzw. Harvard. Sie schreiben Folgendes,

"Mehrere umfangreiche, von Fachleuten überprüfte Studien, die die natürliche Immunität mit der eines Impfstoffs vergleichen, sind inzwischen veröffentlicht worden. Diese Studien kommen mit überwältigender Mehrheit zu dem Schluss, dass die natürliche Immunität einen gleichwertigen oder größeren Schutz gegen schwere Infektionen bietet als die durch mRNA-Impfstoffe (Pfizer und Moderna) erzeugte Immunität."

In der Erklärung, die in Anhang A des Antrags zu finden ist, wird auch erklärt, dass die Beweise für Maßnahmen zur Eindämmung des Problems, wie z. B. Impfvorschriften und Pässe, fehlen.

Anklagepunkt 1: Verletzung des Rechts auf Ablehnung unerwünschter und medizinisch nicht notwendiger Gesundheitsversorgung

Der Kläger macht geltend, dass die Impfpolitik der GMU, die in der Praxis eine Vorschrift darstellt, und die Weigerung, die Vorzüge der natürlichen Immunität anzuerkennen, problematisch sind, weil sie sein Recht verletzen, unnötige medizinische Versorgung abzulehnen. In der Beschwerde heißt es,

"Der Oberste Gerichtshof hat anerkannt, dass der Neunte und Vierzehnte Verfassungszusatz das Recht des Einzelnen auf Privatsphäre schützen. Eine "gewaltsame Injektion ... in den Körper einer nicht einwilligenden Person stellt einen erheblichen Eingriff in die Freiheit dieser Person dar[.]" Washington v. Harper, 494 U.S. 210, 229 (1990).

Der 9. Verfassungszusatz schützt nicht aufgezählte Rechte, d. h. Rechte, die nicht ausdrücklich in der Verfassung genannt sind. Der 14. Verfassungszusatz schützt ein ordnungsgemäßes Verfahren und gleichen Schutz vor dem Gesetz. Der Impfstoff Covid-19 wird derzeit im Rahmen einer Notfallgenehmigung eingesetzt, und die Bürger haben daher das Recht, über ihr Recht auf Annahme oder Ablehnung informiert zu werden. Diese Tatsache in Verbindung mit der bereits starken natürlichen Immunität des Klägers und der Unwahrscheinlichkeit, andere mit einer relativ leichten Krankheit anzustecken, macht ein solches Mandat zu einer

Verletzung der Privatsphäre. Außerdem ist in der Rechtsprechung das Recht auf körperliche Unversehrtheit verankert. Die Klage behauptet,

"Angestellte zu zwingen, einen EUA-Impfstoff gegen ein Virus zu erhalten, das für sie ein nahezu Null-Risiko von Krankheit oder Tod darstellt und das sie höchstwahrscheinlich nicht an andere weitergeben, weil diese Angestellten bereits eine natürliche Immunität gegen das Virus besitzen, verletzt die Interessen der Freiheit und der Privatsphäre, die durch den neunten und vierzehnten Verfassungszusatz geschützt werden."

Wenn der Staat eine Zwangsmaßnahme durchführen will, obliegt ihm die Beweislast dafür, dass seine Politik eng auf ein zwingendes staatliches Interesse zugeschnitten ist. Die Kläger machen geltend,

"Die Beklagten können nicht nachweisen, dass sie ein zwingendes Interesse daran haben, Professor Zywicki zu zwingen, sich gegen COVID-19 impfen zu lassen, weil die GMU kein zwingendes Interesse daran hat, Mitarbeiter mit natürlicher Immunität anders zu behandeln als Mitarbeiter, die durch einen Impfstoff immun geworden sind."

Anklagepunkt 2: Verletzung der Doktrin der verfassungswidrigen Zustände und des Rechts auf ein ordnungsgemäßes Verfahren nach dem 14.

Die Doktrin der verfassungswidrigen Bedingungen verbietet es der Regierung, Zwangsanreize für die Ausübung eines verfassungsmäßig geschützten Rechts zu schaffen. Die Sanktionen der GMU stellen daher eine Beeinträchtigung des Rechts von Professor Zywicki dar, die medizinische Versorgung zu verweigern. In seiner Beschwerde heißt es,

"Nach dieser Rechtsprechung kann die GMU das Recht von Professor Zywicki, die medizinische Versorgung zu verweigern, durch subtile Formen des Zwangs ebenso wenig beeinträchtigen wie durch ein ausdrückliches Mandat."

Darüber hinaus verstößt die Politik der Schule gegen ein ordnungsgemäßes Verfahren, da sie inkongruent und unverhältnismäßig ist und die Beweislast in unangemessener Weise auf den Kläger abwälzt. Angesichts der robusten Immunität, die durch eine natürliche Infektion entsteht, kann die Schule ihre Sanktionen gegen die Mitglieder der GMU-Gemeinschaft mit natürlich erworbsener Immunität nicht logisch rechtfertigen. Das Vorhandensein einer solchen Immunität dient voll und ganz dem Interesse der von GMU durchgeführten Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit.

Die Richtlinie ist auch nicht verhältnismäßig, da die Schule nicht beabsichtigt, den Antikörperspiegel ihrer Zielpersonen zu bewerten. Wenn die Schule der Meinung ist, dass die Prävalenz von Antikörpern wichtig ist, um ihre Ziele im Bereich der

öffentlichen Gesundheit zu erreichen, dann sollte sie anerkennen, dass diese sowohl durch Impfung als auch durch Infektion erworben werden. Die Schule signalisiert nicht nur die Absicht, auf Antikörper zu testen, sondern zieht auch den voreiligen Schluss, dass die Impfung überlegen ist, selbst wenn man von der gleichen Wirksamkeit aller Impfstoffe ausgeht. Die Klage behauptet,

"Kurz gesagt, die Zuweisung der Verantwortung für die Beweislast an diejenigen, die über eine natürliche Immunität verfügen, wie Professor Zywicki, in Verbindung mit der Tatsache, dass die GMU den Prozess mit Vermutungen überfrachtet, von denen der Kläger zeugen wird, dass sie wissenschaftlich nicht gerechtfertigt sind, verstößt gegen die Due Process Clause".

Die Beweislast liegt bei der Schule, die nachweisen muss, dass Zywickis natürlich erworbene Immunität tatsächlich den von der Schule akzeptierten Impfstoffen unterlegen ist und die Nichteinhaltung der Vorschriften eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellt. Der Kläger behauptete, die Schule habe diese Voraussetzung nicht nachgewiesen.

Anklagepunkt 3: Verstoß gegen die Suprematieklausel

Die Supremacy Clause besagt, dass Bundesgesetze Vorrang vor den Gesetzen der Bundesstaaten haben. Die GMU-Richtlinie entspricht dem Recht des Bundesstaates Virginia und die Notfallgenehmigung (Emergency Use Authorization, EUA) ist Bundesrecht. Covid-19-Impfstoffe werden durch die EUA genehmigt, die eine informierte Zustimmung der Empfänger voraussetzt. Da die Zwangsmaßnahmen der GMU dem Buchstaben und dem Geist des EUA widersprechen, sind sie verfassungswidrig. In der Beschwerde heißt es,

"Das steht im Widerspruch dazu, dass die Richtlinie Professor Zywicki zwingt, seiner Karriere erheblichen Schaden zuzufügen, wenn er den Impfstoff nicht nehmen will (angesichts der Verschleierung, der häufigen Tests, der sozialen Distanzierung und der drohenden Disziplinarmaßnahmen)."

Aus diesen und weiteren Gründen forderte Zywicki das Gericht auf, die Maßnahmen für verfassungswidrig zu erklären und eine einstweilige Verfügung zu erlassen.

Wichtigste Erkenntnisse

Der Kampf um die offizielle Darstellung von Covid-19 ist immer noch lebendig und gut. Dieser Rechtsstreit ist nur ein Beispiel für die beiden Lager, die sich entwickelt haben, und dafür, wie sehr sich viele Entscheidungsträger von dem einen gegenüber dem anderen isoliert haben. Die natürliche Immunität zum Beispiel scheint, obwohl sie durch die Belege eindeutig bestätigt wird, in weiten Kreisen

nicht anerkannt zu sein. Die unverhältnismäßige Wahrnehmung des Risikos von Covid-19 ist immer noch weit verbreitet.

Die Bedeutung dieses Falles kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden, da im ganzen Land Impfvorschriften und Pässe erwogen und eingeführt werden. Man muss kein Jurist sein, um zu verstehen, dass die Pandemie das Land an einen weiteren verfassungsrechtlichen Wendepunkt geführt hat. Von Notstandsbefugnissen über Abriegelungen und Räumungsmoratorien bis hin zu Impfvorschriften - die Präzedenzfälle, die wir heute schaffen, werden die Arche unseres verfassungsmäßigen Regierungssystems für immer beeinflussen.

Ethan Yang



Ethan Yang ist Adjunct Research Fellow am AIER und Gastgeber des AIER Authors Corner Podcast.

Er hat einen BA-Abschluss in Politikwissenschaften mit Schwerpunkt Internationale Beziehungen und Nebenfächern in Rechtswissenschaften und formalen Organisationen vom Trinity College in Hartford Connecticut. Derzeit absolviert er ein Studium der Rechtswissenschaften an der Antonin Scalia Law School der George Mason University.

Ethan ist außerdem Direktor des Mark Twain Center for the Study of Human Freedom am Trinity College und engagiert sich bei Students for Liberty. Er war außerdem in Forschungspositionen beim Cato Institute, dem Senat des Bundesstaates Connecticut, dem Cause of Action Institute und anderen Organisationen tätig.

Ethan lebt derzeit in Washington D.C. und ist Preisträger des 13. jährlichen internationalen Vernon-Smith-Preises der European Center of Austrian Economics Foundation. Seine Arbeit wurde in einer Vielzahl von Medien, von Online-Medien bis hin zu Radiosendungen, vorgestellt und zitiert.

Quelle: <https://www.aier.org/article/prominent-law-professor-sues-his-school-over-vaccine-policy/>
20210808 DT (<https://stopreset.ch>)

Prominent Law Professor Sues His School Over Vaccine Policy



Ethan Yang

- August 7, 2021 Reading Time: 5 minutes



Imposing a constitutionally dubious vaccine policy at a public university that not only has some of the top classical liberal law professors in the country but is also intimately connected with a global network of freedom advocates is a recipe for a lawsuit. That's exactly what George Mason University learned recently when it imposed a school-wide vaccine mandate for students, faculty, and staff. Failure to comply subjects individuals to a list of penalties from social distancing requirements to potential disciplinary action.

The plaintiff is Todd Zywicki, the George Mason University Foundation Professor of Law, who has as impressive of a resume as anyone can imagine. He has held positions at numerous influential think tanks, executive positions in the federal government, and has taught at numerous respected law schools. His lawsuit is joined by the New Civil Liberties Alliance, a non-profit law firm dedicated to advancing constitutional freedoms and founded by the prominent legal scholar Philip Hamburger. AIER contributor Jenin Younes is also a member of their litigation team and one of the attorneys on this case.

Zywicki names the president of the school and numerous other officers as the defendants in his suit Zywicki v Washington. He alleges that as a public institution, GMU is obligated to follow the Constitution and its vaccine policy violates the 9th and 14th Amendments as well as the Supremacy Clause. Zywicki contends

that his natural immunity from having recovered from a natural Covid-19 infection gives him equal if not superior protection than vaccines. His sentiments are supported by his immunologist, who informed him that receiving a vaccine would be “medically unnecessary”, as well as a joint declaration from Dr. Jay Bhattacharya and Dr. Martin Kulldorff, prominent medical professors at Stanford and Harvard respectively. They write that,

“Multiple extensive, peer-reviewed studies comparing natural and vaccine immunity have now been published. These studies overwhelmingly conclude that natural immunity provides equivalent or greater protection against severe infection than immunity generated by mRNA vaccines (Pfizer and Moderna).”

The declaration, found in Exhibit A of the docket, also explains that the evidence to support mitigation measures such as vaccine mandates and passports is lacking.

Count 1: Violation of the Right to Refuse Unwanted and Medically Unnecessary Healthcare

The plaintiff asserts that GMU’s vaccine policy, in practice a mandate, and refusal to acknowledge the merits of natural immunity are problematic because they violate his right to refuse unnecessary healthcare. The complaint states,

“The Supreme Court has recognized that the Ninth and Fourteenth Amendments protect an individual’s right to privacy. A “forcible injection … into a nonconsenting person’s body represents a substantial interference with that person’s liberty[.]” *Washington v. Harper*, 494 U.S. 210, 229 (1990).”

The 9th Amendment protects unenumerated rights, which are those that are not explicitly stated in the Constitution. The 14th Amendment protects due process and equal protection under the law. The Covid-19 vaccine is currently deployed under the Emergency Use Authorization and citizens are therefore entitled to be informed of their right to accept or refuse. This fact, combined with the plaintiff’s already robust natural immunity and unlikelihood to infect others with a relatively mild disease, renders such a mandate a violation of privacy. Furthermore, established case law enshrines the right to bodily integrity. The suit asserts,

“Coercing employees to receive an EUA vaccine for a virus that presents a near-zero risk of illness or death to them and which they are exceedingly unlikely to pass on to others, because those employees already possess natural immunity to the virus, violates the liberty and privacy interests that the Ninth and Fourteenth Amendments protect.”

If the state wishes to implement a coercive measure, the burden of evidence is on itself to prove that its policy is narrowly tailored to a compelling government interest. The plaintiffs contend,

“Defendants cannot show that they have a compelling interest in coercing Professor Zywicki into taking a COVID-19 vaccine, because GMU has no compelling interest in treating employees with natural immunity any differently from employees who obtained immunity from a vaccine.”

Count 2: Violation of Unconstitutional Conditions Doctrine and 14th Amendment’s Right to Due Process

The Unconstitutional Conditions Doctrine prohibits the government from imposing coercive incentives against exercising a constitutionally protected right. GMU’s penalties are therefore an impairment of Professor Zywicki’s right to refuse medical care. His complaint states,

“According to that body of law, GMU cannot impair Professor Zywicki’s right to refuse medical care through subtle forms of coercion any more than it could through an explicit mandate.”

Furthermore, the school’s policy is a violation of due process as it is incongruent, disproportional, and inappropriately flips the burden of evidence onto the plaintiff. In light of the robust immunity established by natural infection, the school cannot logically justify its penalties against those in the GMU community with naturally acquired immunity. The existence of such immunity fully serves the interest of the public health measures implemented by GMU.

The policy is also deficient of proportionality, as the school indicates no intention to assess the level of antibody level of its targets. If the school believes that the prevalence of antibodies is important in advancing its public health goals, then it ought to recognize that they are acquired by both vaccination and infection. The school not only signals any intention to test for antibodies, but makes the premature conclusion that vaccination is superior, even assuming equality of effectiveness amongst all vaccines. The suit asserts,

“In short, allocating burden of proof responsibility to those with natural immunity like Professor Zywicki, coupled with GMU’s stacking the process with presumptions Plaintiff will show are scientifically unwarranted, contravene the Due Process Clause.”

The burden of proof is on the school to show that Zywicki’s naturally acquired immunity is in fact inferior to the vaccines accepted by its policy, and noncompliance poses a threat to public safety. The plaintiff alleged the school has not demonstrated this requirement.

Count 3: Violation of the Supremacy Clause

The Supremacy Clause holds that federal law supersedes state law. GMU’s policy is Virginia state law and the Emergency Use Authorization (EUA) is federal law.

Covid-19 vaccines are authorized by the EUA, which subjects recipients to informed consent. Because GMU's coercive policies conflict with the letter and spirit of the EUA, it is therefore unconstitutional. According to the complaint,

"That is at odds with the Policy's forcing Professor Zywicki to sustain significant injury to his career if he does not want to take the vaccine (in light of masking, frequent testing, social distancing, and looming disciplinary action)."

For these reasons and more, Zywicki asked the court to declare the policies unconstitutional and an injunction be issued.

Key Takeaways

The fight over the official narrative regarding Covid-19 is still alive and well. This lawsuit is only illustrative of the two camps that have developed and how insulated many core decision makers have been from one over the other. Natural immunity for example, although clearly affirmed by the supporting evidence, seems to be unacknowledged writ large. The disproportionate perceptions of the risk of Covid-19 are still rampant.

The significance of this case cannot be overstated with vaccine mandates and passports being considered and implemented across the country. One does not need a background in law to understand that the pandemic has sent the country into another constitutional inflection point. From emergency powers, to lockdowns, to eviction moratoriums, and now vaccine mandates, the precedents we set today will forever affect the ark of our system of constitutional government.

Ethan Yang



Ethan Yang is an Adjunct Research Fellow at AIER as well as the host of the AIER Authors Corner Podcast.

He holds a BA in Political Science with a concentration in International Relations with minors in legal studies and formal organizations from Trinity College in Hartford Connecticut. He is currently pursuing a JD from the Antonin Scalia Law School at George Mason University.

Ethan also serves as the director of the Mark Twain Center for the Study of Human Freedom at Trinity College and is also involved with Students for Liberty. He has

also held research positions at the Cato Institute, the Connecticut State Senate, Cause of Action Institute and other organizations.

Ethan is currently based in Washington D.C and is a recipient of the 13th Annual International Vernon Smith Prize from the European Center of Austrian Economics Foundation. His work has been featured and cited in a variety of outlets from online media to radio broadcast.

Quelle: <https://www.aier.org/article/prominent-law-professor-sues-his-school-over-vaccine-policy/>
20210808 DT (<https://stopreset.ch>)